

Blickpunkt

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis



Nr. 01 März 2019

Jahrgang 48

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Wohnen als Grundversorgung - nicht für Gewinnmaximierung

Gutes Wohnen ist, bzw. sollte als ein Grundrecht für alle Menschen gelten.

Vor vielen Jahren gab es noch die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften. Dort wurde ein Teil der Mieteinnahmen für die Sanierung /Modernisierung der Wohnungen ausgeben. Die Gemeinnützigkeit wurde aber von unserer Bundesregierung zu Gunsten der Immobilienkonzerne abgeschafft. Somit hatten die großen Wohnungshaie wie Gagfah / Vonovia die Möglichkeit, auf Kosten der Mieter, viel Geld zu verdienen.

Durch kaufen günstiger Wohnungen und Wiederverkaufen zu höherem Preis wurde eine weitere Einnahmequelle entdeckt, die derzeit hohe Summen einbringt. **Nicht die Menschen stehen bei diesem Geschäft im Vordergrund, sondern das viele Geld.**

Laut Aussage des Deutschen Mieterbundes (DMB) fehlen in Deutschland 1 Million Wohnungen, vor allem bezahlbare Wohnungen. Grund: Viele Wohnungen fielen und fallen aus der Sozialbindung heraus. Wenn Wohnungen knapp werden, steigen auch die Mietpreise. Diese haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht.

Vonovia nutzt die Wohnungssituation aus, um Geld zu machen

In Heidenheim stehen viele Wohnungen leer und das seit langem. Viele Wohnungen wurden auch lange nicht saniert. Dies hat die Bausubstanz der Wohnblöcke verschlechtert. Trotzdem mussten die Mieter regelmäßig Mieterhöhungen hinnehmen. Diese schlechte Bausubstanz nehmen jetzt die Wohnungshaie wie Vonovia zum Anlass, die Wohnungen zu renovieren. Das klingt erstmal gut, das sagt auch der Mieterverein. Erfahrungen aber zeigen, dass nach einer Modernisierung die Mieten stark ansteigen.

Vonovia spricht von moderaten 2 Euro pro Quadratmeter. Umgerechnet: Wer eine Drei-

Zimmer-Wohnung (63 qm) hat, muss mit Mieterhöhung von 126 Euro monatlich rechnen. Das ist nach Ansicht der DKP nicht „moderat“ sondern viel zu hoch und für viele Mieter schwer bezahlbar.

Durch das lange Hinauszögern einer Sanierung haben die Immobilienkonzerne viel Geld gespart. Jetzt wollen sie nochmals zuschlagen.

Oftmals bekommen sie zusätzlich Gelder aus den staatlichen Sanierungsprogrammen.

Für die Sanierung der Blocks in der Seestraße, bekommt Vonovia 125 000 Euro. Das sind Steuer-gelder, die von den Mieterhöhungen abgezogen werden sollten.

Die DKP sagt:

**Wohnen ist ein Grundrecht für uns
Menschen!**

**Wohnen darf nicht den Mietspekulanten
über lassen werden!**

**Die Bereitstellung von Wohnungen ist eine
kommunale Aufgabe!**

Wohnen muss bezahlbar sein!



Mehrfamilienhäuser in der Seestraße, die dringend saniert werden müssen

Kostenloser Kindergarten, jetzt!

Eine alte Forderung der DKP.

Fast jedes Jahr wird im Gemeinderat über die Erhöhung der Elternbeiträge abgestimmt. Immer waren es die Vertreter der DKP, die die Erhöhung ablehnten und gleichzeitig die Abschaffung der Kindergartengebühren verlangten. Nach Ansicht von DKP-Stadtrat Püschel sollte die Betreuung von Kindern genau so gehandhabt werden wie bei Schülern. Es ist ein Grundrecht für jeden Menschen von Klein an, eine gute Bildung zu bekommen.

Baden-Württembergs Kultusministerin Eisenmann (CDU) beklagt, dass ein kostenloser Kindergarten nicht zu bezahlen sei. Sie vergisst dabei, dass in Deutschland 1,3 Millionen Millionäre ein Vermögen von 4.6 Milliarden Euro besitzen. Sie werden täglich reicher. Dieses Vermögen muss umverteilt werden z.B. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Beendigung von Ausnahmeregelungen, die die Reichen reicher macht.

Somit hätten Bund, Länder und Kommunen mehr Geld um ihre sozialen Aufgaben zu meistern.

Die Wartelisten von Kindergärten sind lang. In Heidenheim fehlen gut 200 Plätze. Die Stadt plant 350 neu zu schaffen, was von der DKP begrüßt wird. Damit würden Kosten von ca. 15 Millionen Euro anfallen. Dafür müssten Bund und Land aufkommen. Die aber stecken das Geld lieber in die militärische Aufrüstung.

In anderen Städten gibt es schon kostenlose Kindergärten. In Heilbronn schon seit zehn Jahren. Auch in anderen Bundesländern ist ein kostenloser Kindergarten nichts ungewöhnliches.

Das hat jetzt auch die SPD in Baden-Württemberg geschnallt. Jetzt, im Jahr der Kommunalwahl, startete sie eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren und hat dafür schon 10 000 Unterschriften gesammelt.

Von der DKP erhält diese Aktion Zustimmung. Sie erinnert aber auch daran, dass die SPD auch schon die Landesregierung stellte. Von kostenlosen Kindergarten war da nie die Rede.

Dieser Wunsch wird auch von der jetzigen grün-schwarzen Landesregierung abgelehnt. Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) befürchtet mehr Schulden.

Seit Jahren steigen die Kitagebühren in Heidenheim

1 Kind kostete monatlich:

	2018	2019
6 Stunden	143 Euro	155 Euro
Ganztagsbetreuung	168 Euro	207 Euro
Kleinkind 6 Stunden:	288 Euro	365 Euro

Warnstreik - unser gutes Recht!

Auch wenn die Gründe für Streik verschieden sind, so ist doch klar: Alles lassen die abhängig Beschäftigten in diesem Land nicht mit sich machen.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen die dieses Jahr in Tarifauseinandersetzungen gehen:

**Kraft für euren Kampf,
Mut zum Durchhalten und
einen erfolgreichen Abschluss!**



Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

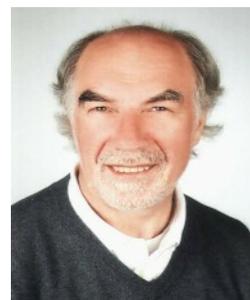
BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

**Kommunal-
wahlen am
26. Mai 2019**

Unsere Spitzen-
kandidaten

**DKP
wählen**



Reinhard Püschel



Wilhelm Benz

Kreishaushalt: Schuldenstand extrem

Wie weiter im Klinikum HDH?

Die Aufschreie des vergangenen Jahres über das Klinikum sind noch nicht verklungen. Ein Schuldenberg im Kreishaushalt wird aufgetürmt. Landrat Reinhardt schreibt seinen Kreisräten für 2019 ins Stammbuch: Der Kreishaushalt steht mit 36,1 Mio. Euro in der Kreide. Laut Finanzplanung bis 2021 wird der Schuldenstand auf 54 Mio. Euro anwachsen.

Es bleibt aber ein Skandal, dass sich Bund, Land und die Krankenkassen um keine ausreichende Finanzausstattung sorgen. Sicherlich wäre ein Aufschrei einer breiten Öffentlichkeit hilfreich.

Wie dem Finanzdruck entgegenwirken?

Mit der Ausgliederung von „patientenfernen“ Versorgungsleistungen in eigenständige Gesellschaften, die zum 01. Januar 2019 in Kraft traten, verspricht sich Landrat Reinhardt die Lösung.

Eine Lösung, die dann einen Vorteil für die Klinik zwischen 10% und 30% aber auch in gleicher Höhe einen Nachteil für die künftigen Mitarbeiter sei, so der Geschäftsführer der Klinik und der Service-Gesellschaft, vor den Kreisräten.

Übereinstimmend erklärten Landrat Reinhardt und CDU Fraktionssprecher OB Ilg, die Klinik in öffentlicher Hand zu halten. Beide aber sehen das Risiko einer Privatisierung der Klinik auf dem Schlossberg, sollte der Sanierungsprozess scheitern.

Proteste regelmäßig ignoriert

Mit der Ankündigung eines Stellenabbaus von 45 Vollzeitstellen entwickelten sich bereits 2017 erste Proteste der Klinik-Beschäftigten. Bei der Übergabe von 5.400 gesammelten Unterschriften im März 2018, die sich gegen die Personalmaßnahmen richteten, zeigten die Klinikgesch-

äftsleitung noch die politisch Verantwortlichen, eine Regung. Gleiches gilt für den Protest zur entscheidenden

Sitzung des Kreistages am 26.09.2018. Trotz lauter Buhrufe beschloss der Kreistag den Aufsichtsrat des Klinikums anzuweisen, eine Servicegesellschaft zu beschließen.

Gesundheitsvorsorge ein Menschenrecht

Weil es ein Menschenrecht ist, dürfen Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge nicht privatisiert werden. Denn wer privatisiert verliert.

Auch das Heidenheimer Klinikum, selbst wenn es den Titel gemeinnützige GmbH hat, wird als eine Kapitalgesellschaft ähnlich einem Industriekonzern behandelt. Sie brauchen Tarifverträge.

Nicht nur wegen der Löhne und Gehälter auch zur Regelung der Personalstärken der Pflegekräfte in den Abteilungen. Mit der Reduzierung des Personals und mit dem Ziel die Liegezeiten immer kürzer zu halten, mit der Einführung der Fallpauschalen im Zuge der Agendapolitik ab 2002 hat sich die Privatisierungswelle entwickelt.

Die Pflegekräfte, die um Entlastung durch mehr Personal kämpfen, kämpfen für ihre eigene Gesundheit.

Und sie kämpfen für die Gesundheit aller Patienten, deren Versorgung durch die Freiheit zum Profitmachen gefährdet ist.

Unsere Forderungen:

Die Heidenheimer Kliniken brauchen mehr finanzielle Unterstützung von Bund und Land und mehr Personal. Weg mit den Fallpauschalen.



W. Kasun

J. Holzheu

S. Bauder

R. D. Hipp

K. Stricker

Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunalwahl 2019



Auch bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019

Schlachthof-Areal

Wohnungsbau muss Kernaufgabe der Stadt sein!

Knapp 9200 Quadratmeter umfasst das Areal in der Oststadt, auf dem früher der Schlachthof war. Nachdem die Stadt vor Jahren das Areal kaufte, wurde es nun an die Stadtwerke AG, genauer genommen die Wohnbau Brenzpark GmbH, weiterverkauft. Diese GmbH ist eine weitere Tochter im Firmengeflecht der Stadtwerke. Sie alle sind dem Profit verpflichtet.

Der ca. 100 Jahre alte städtische Schlachthof wurde 1980 von den Metzgern mit der Gründung einer Schlachthofgenossenschaft übernommen. Sie pachteten die Gebäude und Anlagen bis 1996 die Liegenschaft vom Unternehmen Fleiga übernommen wurde.

2016 verkaufte Fleiga das Grundstück an die Stadt. Somit endete die mehr als 100-jährige Geschichte des Schlachthofes.

Bereits im Zuge der „Sozialen Stadt - Oststadt“ fanden 2016 Bürgerbegehungen mit OB Ilg statt. Er signalisierte, das Schlachthof-Areal zu kaufen und brachte eine Wohnbebauung und ein Kulturzentrum ins Spiel. Der OB titulierte das erworbene Gelände als Entwicklungsfläche und Schmuckstück für die Oststadt.

Erste Leserbriefe forderten die charakteristischen Satteldächer zu erhalten um der monströsen Hässlichkeit des neuen Ärztehauses einen Kontrapunkt entgegen zu setzen. Auch das historische Eingangsportal muss für die Oststadt von Bedeutung bleiben.

Aus dem Gemeinderat Sonntagsarbeit verstößt gegen das Grundgesetz

Der Kampf um den freien Sonntag spielt eine wichtige Rolle in der Arbeitszeitfrage. Ziel vieler Unternehmer und Politiker ist eine 7-mal-24 Stunden-Gesellschaft, in der einzig das Profitinteresse bestimmt, wann gearbeitet wird. In vielen Städten gibt es Widerstand. Vor allem von der Gewerkschaft ver.di, den Kirchen und der DKP.

Nach Artikel 140 unseres Grundgesetzes, bleiben der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erholung geschützt. Deshalb hatte eine Klage von ver.di Erfolg: Das Verwaltungsgericht Berlin setzte eine Allgemeinverfügung der Stadt Berlin zu Sonntagsöffnungen fürs erste Halbjahr 2018 außer Kraft.

In Heidenheim musste bei der ersten Gemeinderatsitzung 2019 wieder über zwei verkaufsoffene Sonntage abgestimmt werden. Als erster Redner machte DKP-Stadtrat Püschel deutlich, dass er einem verkaufsoffenen Sonntag nicht zustimmen werde: „Der Sonntag soll der ganzen Familie gehören und ein Tag der Ruhe sein“.

Danach kam es zu einer lebhaften Diskussion. Bei der Abstimmung stimmten 11 Mitglieder des Gemeinderats gegen den Verkaufssonntag und 20 (CDU/FW) dafür.

Jetzt planen die Stadtwerke einen mehrstöckigen Komplex mit Wohnungen, auch für Pflege und Studenten, und es könnten auch Arztpraxen, Büros oder eine Kindertagesstätte integriert werden. Mitglieder des Gemeinderats haben durchgesetzt, dass 20 Prozent der Wohnungen mietpreisgebunden sein sollen.

Aber warum Grundstücksverkauf an die Stadtwerke?

- Weil mit dem Verkauf des Grundstücks an die Stadtwerke der Gemeinderat weniger Mitspracherecht hat und Demokratie verhindert wird.
- Weil es somit auch einfacher ist, sich mit Verkäufen an Investoren aus der Eigenverantwortung zu stellen und es sich leichter regieren lässt.
- Weil öffentliche Kritik an einer GmbH abprallt. Im Rathaus müsste Kritik angehört und beantwortet werden.
- Weil sich die Stadt von den Stadtwerken gut bedienen lässt. Es kann so auch Fachpersonal eingespart werden.



Werde Mitglied in der DKP

Bitte schickt mir kostenlos und unverbindlich

- Informationen über die DKP
- Probeausgaben der UZ -Die Zeitung der DKP-
- Einen Aufnahmeantrag als Mitglied der DKP

Name, Vorname:	_____
Straße:	_____
PLZ, Ort:	_____
eMail:	_____
Telefon:	_____

Bitte einsenden an: Wilhelm Benz, Schumannstr. 3, 89518 Heidenheim